

Bericht zur Arbeit des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz im Jahr 2021

*Der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz setzt sich ein für die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz lebenden Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie für das solidarische Zusammenleben von Angehörigen der einheimischen Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten.*

Er ist ein landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit, das vom „Verein zur Förderung der Interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.“ getragen wird.

*Der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz setzt sich aus Mitarbeiter*innen von Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Integrationsbeauftragten sowie Mitgliedern der direkt gewählten Beiräte für Migration und Integration sowie aus Personen zusammen, die im Handlungsfeld „Antirassismus, Asyl, Integration und Migration“ haupt- oder ehrenamtlich auf Landesebene oder auf kommunaler Ebene in Vereinen, Projekten oder Initiativen engagiert sind. Durch eine Vielzahl von Vernetzungs- und Informationsangeboten organisiert der Initiativ Ausschuss den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen potentiell allen Akteur*innen der Migrationsarbeit in Rheinland-Pfalz.*

*Über seine Vernetzungsarbeit hinaus erarbeitet und vertritt der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz Positionspapiere und Stellungnahmen zu relevanten migrationspolitischen Themen, bietet er Fort- und Weiterbildungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und zu sonstigen Fragestellungen der interkulturellen Arbeit an, berät er Multiplikator*innen und Betroffene in aufenthalts-, asyl- und einbürgerungsrechtlichen Fragen, leistet er Öffentlichkeits- und Informationsarbeit u.a. durch Pressemitteilungen, öffentliche Informationsveranstaltungen und -broschüren und arbeitet er auf kommunaler sowie landes- und bundesweiter Ebene in Gremien mit.*

1

Rahmenbedingungen der Arbeit im Jahr 2021

1. Vorbemerkung

Das Jahr 2021 war das zweite Jahr in Folge, in dem die Covid-19-Pandemie sowohl die Arbeitsweise als auch die inhaltliche Arbeit des Initiativ Ausschusses maßgeblich mitgestaltet hat. Der Initiativ Ausschuss hat im Berichtsjahr von den im Jahr 2020 eingeleiteten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit (Herstellung der technischen und sonstigen organisatorischen Rahmenbedingungen für Arbeit im Homeoffice und für digitale Veranstaltungsformate) profitiert und war daher auch 2021 in der Lage, seine Informations- und Vernetzungsarbeit weitestgehend aufrecht zu erhalten. Beeinträchtigt wurde durch die pandemiebedingten Kontaktrestriktionen allerdings der Umfang der von Dritten beim Initiativ Ausschuss erfragten Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote im Hinblick auf das Asyl-, Aufenthalts-, Leistungs- und Staatsangehörigkeitsrecht. Die damit verbundenen Einnahmefälle konnten durch die Einwerbung weiterer Mittel bei Dritten sowie durch erhöhte Einnahmen für die im Berichtsjahr geleistete Informationsarbeit kompensiert werden.

Inhaltlich wurde die Arbeit des Initiativ Ausschusses im zurückliegenden Jahr durch die folgenden Ereignisse und Entwicklungen beeinflusst:

2. Rückzug der internationalen Truppen aus Afghanistan, Machtübernahme der Taliban in Afghanistan und damit verbundene Fragen der Aufnahme bzw. Rechtsstellung afghanischer Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz

Mit der Einleitung des weitgehend ungeordneten Rückzugs der internationalen Schutztruppen aus Afghanistan im Mai 2022 rückte für den Initiativ Ausschuss und seine rheinland-pfälzischen Kooperationspartner*innen die Forderung nach der schnellen und umfassenden Evakuierung von gefährdeten afghanischen Ortskräften, Menschenrechtsaktivist*innen und Familienangehörigen beider Gruppen sowie deren Aufnahme u.a. auch in Rheinland-Pfalz in den Mittelpunkt der politischen Arbeit. Dies drückte sich u.a. in einer Reihe von Pressemitteilungen und Hintergrundgesprächen mit politisch Verantwortlichen in Rheinland-Pfalz aus. Mit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 wurde diese Thematik noch einmal dringlicher, zugleich war ab diesem Zeitpunkt bis fast zum Jahresende 2022 auch die Beratungsarbeit des Initiativ Ausschusses gegenüber haupt- und ehrenamtlichen Berater*innen über Monate nahezu ausschließlich durch Fragen der Aufnahme von und der Aufenthaltssicherheit für afghanische Flüchtlinge geprägt. Stichworte u.a.: Anfragen nach Zugang zu den Evakuierungslisten des Auswärtigen Amtes, Möglichkeiten der Evakuierung von Personen mit einer Aufnahmezusage aus Afghanistan oder den Nachbarländern, Familiennachzug zu aufenthaltsberechtigten Afghan*innen, Herstellung von Aufenthaltssicherheit für lediglich geduldete Afghan*innen.

Zu den einzelnen Maßnahmen zu der geschilderten Thematik im Jahr 2021 siehe das Kapitel „Einzelne Maßnahmen im Berichtszeitraum“ im weiteren Verlauf des Jahresberichtes.

2

3. Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 14. März 2021

Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 14. März 2021 waren ein zentraler Arbeitsschwerpunkt des Initiativ Ausschusses insbesondere im 1. Halbjahr 2021. Neben einem gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. erarbeiteten Fragenkatalog an die demokratischen Parteien im Landtag Rheinland-Pfalz und die Partei DIE LINKE sowie der Veröffentlichung der eingegangenen Antworten wurde im Vorfeld der Wahl in Zusammenarbeit mit der Seebrücke Rheinland-Pfalz, dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und *Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz* eine Online-Podiumsdiskussion mit Vertreter*innen der demokratischen Parteien im Landtag durchgeführt. Zudem hat der Initiativ Ausschuss einen Wahlauf Ruf rheinland-pfälzischer Organisationen initiiert, in dem u.a. der Ausschluss von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit vom Wahlrecht sowohl unter integrationspolitischen als auch unter demokratiethoretischen Aspekten thematisiert und problematisiert wurde. Im Nachgang der Landtagswahl hat sich der Initiativ Ausschuss in Gesprächen und durch Positionspapiere aktiv in die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und FDP eingebracht und die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen öffentlich bewertet.

Zu den einzelnen Maßnahmen zu der geschilderten Thematik im Jahr 2021 siehe das Kapitel „Einzelne Maßnahmen im Berichtszeitraum“ im weiteren Verlauf des Jahresberichtes.

4. Auswirkungen des Israel-Palästina-Konflikts im 2. Quartal 2021 auf das Zusammenleben von Juden und Muslimen in Rheinland-Pfalz

Der im Mai 2021 insbesondere durch gewaltsame Auseinandersetzungen auf dem Tempelberg in Jerusalem erneut eskalierte Konflikt zwischen Israel*innen und Palästinenser*innen sowie die kriegsähnlichen Auseinandersetzungen in den palästinensischen Autonomiegebieten und die zunehmende Gewalt in Israel in der Folge der Unruhe auf dem Tempelberg führten auch in Deutschland zu teils gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Unterstützer*innen beider Konfliktparteien. Sie bargen konkrete Risiken auch für das friedliche Zusammenleben von Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens in Rheinland-Pfalz. Der Initiativ Ausschuss hat deshalb in Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung eine gemeinsame Erklärung jüdischer und muslimischer Einrichtungen und Organisationen initiiert, in der sie sich unter der Überschrift „Zusammen gegen Hass und Gewalt!“ trotz unterschiedlicher Perspektiven auf den Konflikt gemeinsam dazu verpflichtet haben, nicht zuzulassen, „dass der Konflikt im Nahen Osten unseren Zusammenhalt und unser respektvolles Zusammenleben in Rheinland-Pfalz gefährdet.“

Zu der Erklärung „Zusammen gegen Hass und Gewalt!“ siehe auch das Kapitel „Einzelne Maßnahmen im Berichtszeitraum“ im weiteren Verlauf des Jahresberichtes.

5. Bundestagswahl am 26. September 2021

Angesichts der Relevanz der Bundestagswahlen auf die rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Arbeit für Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sowie gegen Demokratiefeindlichkeit, Rassismus, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bildete die Bundestagswahl am 26. September 2021 einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit des Initiativ Ausschusses im Berichtszeitraum. Der Initiativ Ausschuss hat deshalb im Vorfeld der Wahlen seine Erwartungen an die neue Bundesregierung gemeinsam mit anderen Landes- und Bundesorganisationen in verschiedenen Positionspapieren formuliert, einen Aufruf rheinland-pfälzischer Organisationen zur Teilnahme an den Wahlen initiiert und koordiniert sowie die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene durch Gespräche mit Landespolitiker*innen und öffentliche Positionspapiere begleitet und deren Ergebnisse aus menschenrechtlicher und migrationspolitischer Perspektive kommentiert.

Zu den einzelnen Maßnahmen zu der geschilderten Thematik im Jahr 2021 siehe das Kapitel „Einzelne Maßnahmen im Berichtszeitraum“ im weiteren Verlauf des Jahresberichtes.

6. Begünstigt durch die Pandemie und befördert von rechtsextremen Parteien und Bewegungen: Demokratiefeindlichkeit, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit weiterhin auf hohem Niveau

Auch im Berichtszeitraum 2021 haben rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen aktuelle Entwicklungen immer wieder dazu genutzt, rassistische sowie demokratie- und gruppenbezogen menschenfeindliche Positionen in die gesellschaftliche Debatte einzubringen und zu versuchen, sie in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Ansatzpunkte hierfür waren insbesondere kontroverse gesellschaftliche Debatten über die Verhältnismäßig-

keit von Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, über den Grad der menschlichen Verantwortung für den Klimawandel oder über die Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa.

Der Initiativausschuss hat sich im Berichtszeitraum mit einer Reihe von Aktivitäten parteilich an den zunehmend polarisierten gesellschaftlichen Debatten über das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland und über die Universalität der Menschenrechte beteiligt und dabei die folgenden Schwerpunkte gesetzt:

- Eintreten für das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland durch Öffentlichkeits-, Informations- und Bildungsarbeit;
- Rassismus als Menschenrechtsverletzung deutlich machen und dagegen Position beziehen;
- Aufbau von übergreifenden zivilgesellschaftlichen Strukturen der Arbeit gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Zu den einzelnen Maßnahmen zu der geschilderten Thematik im Jahr 2021 siehe das Kapitel „Einzelne Maßnahmen im Berichtszeitraum“ im weiteren Verlauf des Jahresberichtes.

7. Die dramatische Situation von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen resultiert aus fehlenden sicheren und legalen Zugangswegen, lässt sich mit den Menschenrechten und den Werten der europäischen Union nicht vereinbaren und nimmt auch Rheinland-Pfalz in die Pflicht!

Die dramatische Situation an den Außengrenzen der Europäischen Union hat auch im Berichtsjahr deutlich gemacht, dass die fortgesetzt niedrigen Zahlen von Schutzsuchenden in Deutschland und in Rheinland-Pfalz nicht auf die Befriedung bestehender Konflikte und Krisen in den Herkunftsländern zurückzuführen ist, sondern auf Abschottungsmaßnahmen insbesondere der Europäischen Union. Die dramatische Situation von Schutzsuchenden vor den Toren und an den Rändern Europas (auf dem Mittelmeer, in Libyen, Libanon, Türkei, Griechenland, Balkan-Staaten), die der Initiativausschuss im Jahr 2019/20 gemeinsam mit anderen rheinland-pfälzischen Organisationen der Asyl- und Migrationsarbeit in Rheinland-Pfalz thematisiert und mit der Forderung nach Landesaufnahmeprogrammen flankiert hat, wurde auch in 2021 fortgesetzt und war Anlass für eine Reihe von Aktivitäten des Initiativausschusses.

Zu den einzelnen Maßnahmen zu der geschilderten Thematik im Jahr 2021 siehe das Kapitel „Einzelne Maßnahmen im Berichtszeitraum“ im weiteren Verlauf des Jahresberichtes.

Die genannten Entwicklungen im Jahr 2021 hatten Auswirkungen sowohl auf die Beratungs- und Qualifizierungsarbeit des Initiativausschusses als auch auf seine Öffentlichkeits-, Informations- und Vernetzungsarbeit.

Einzelne Maßnahmen im Berichtszeitraum 2021

Vor dem Hintergrund der vorangehend beschriebenen Entwicklungen und Herausforderungen hat sich der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz im Jahr 2021 schwerpunktmäßig darum bemüht, Debatten um „Asyl, Migration und Integration“ zu versachlichen und haupt- und ehrenamtlich in diesem Themenfeld aktive Personen zu stärken und (weiter) zu qualifizieren. Hierzu hat er:

- Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Multiplikator*innen angeboten, die auf die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen, Migrant*innen und Minderheiten abzielten. Dabei lag der Schwerpunkt - abgestimmt auf die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen des Aufenthaltes - auf der gesellschaftlichen Integration von Geflüchteten. Zielgruppe der Angebote waren i.d.R. haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierte sowie Mitarbeitende in Verwaltung, Regeldiensten und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen;
- Presse-, Öffentlichkeits-, Informationsarbeit geleistet, die darauf abzielte, aktuelle gesellschaftliche Debatten um „Asyl und Migration“ zu versachlichen und für demokratische Werte und die Belange von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte einzutreten.
- über Gremien- und Lobbyarbeit bei Entscheidungsträger*innen insbesondere auf Landesebene und in den Kommunen für die Verbesserung der rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen der Aufnahme und Integration von Migrant*innen und Flüchtlingen geworben und versucht, eine Versachlichung gesellschaftlicher Debatten hierzu zu erreichen.

Im Einzelnen:

5

1. Handlungsschwerpunkt „Beratungs- und Qualifizierungsarbeit des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz“

Die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen sowie das Wahrnehmen einer Back-Office-Funktion für haupt- und ehrenamtliche Berater*innen und Unterstützer*innen von Menschen mit Flucht-oder Migrationsbiographie in Rheinland-Pfalz war auch im Berichtsjahr 2021 ein zentrales Handlungsfeld des Initiativausschusses. Dabei standen - aufgrund der zwischenzeitlich mehrjährigen Aufenthaltsdauer der in den Jahren 2015 und 2016 aufgenommenen Flüchtlinge - bedarfsorientiert Fragen der Integrationsstärkung (Zugang zum Arbeitsmarkt) und der Aufenthaltsverfestigung (Wege aus der Duldung, Zugang zur Niederlassungserlaubnis und Voraussetzungen der Einbürgerung) im Mittelpunkt des Fortbildungsangebotes.

Durchgeführt wurden von der rechtspolitischen Referentin des Initiativausschusses im Jahr 2021 die folgenden Fortbildungen:

- 05. Februar 2021: Fortbildung für „kommunale Brückenbauer*innen“ in Ludwigshafen „Demokratie und Justiz“ zu den Themen Grundgesetz, Gewaltenteilung und Wahlen/Mitbestimmung sowie Aktuelles Aufenthalts- und Asylrecht.
- 24. März 2021: Anpassungslehrgang für das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum Mainz zum Thema „Ausländer- und Flüchtlingsrecht“.
- 22. April 2021: Fortbildung für den Arbeitskreis Asyl Frankenthal zum Thema "Wege zur Niederlassungserlaubnis".

- 29. April 2021: Fortbildung für den Arbeitskreis Asyl Frankenthal zum Thema „*Wege zur Einbürgerung*“.
- 20. Mai 2021: Fortbildung für das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Mainz zum Thema „*Arbeitsmarktzugang für Migrant*innen - Rechtlicher Rahmen*“.
- 17. Juni 2021: Fortbildung für die Kreisverwaltung Mayen-Koblenz zum Thema „*Niederlassungserlaubnis und Bleiberecht für Duldungsinhaber*“.
- 15. Juli 2021: Fortbildung für die LIGA-Fachgruppe Migration zum Thema „*Aufenthaltsverfestigung*“.
- 15. Juli 2021: Fortbildung für die LIGA-Fachgruppe Migration zum Thema „*Rahmenbedingungen der Einbürgerung*“.
- 30. September 2021: Fortbildung für den Flüchtlingsrat RLP e.V. zum Thema „*Der lange Weg zur Einbürgerung*“.
- 30. Oktober 2021: Fortbildung für den Landesverband Syrischer Akademiker RLP zum Thema „*Wege zur Einbürgerung*“.
- 16. November 2021: Fortbildung für Arbeit & Leben gGmbH zum Thema „*Grundlagen des Asyl- und Aufenthaltsrechts*“.

Die „*Back-Office-Funktion*“ des Initiativ Ausschusses wurde im Berichtszeitraum 2021 immer dann in Anspruch genommen, wenn für rheinland-pfälzische Akteur*innen, die Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie haupt- oder ehrenamtlich beraten und begleiten, bei der rechtlichen Bewertung einer asyl- oder aufenthalts- oder sozialrechtlichen Situation auf kompetente Unterstützung angewiesen waren. Im Berichtszeitraum hat der Initiativ Ausschuss telefonisch, per Mail oder im direkten Gespräch über 1.000 Beratungen dieser Art durchgeführt.

6

Im Rahmen von Beratungsgesprächen bietet der Initiativ Ausschuss Dritten zudem kostenfrei Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen an, die auf die Verbesserung der Integrationsperspektiven von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiographie abzielen. Im Berichtszeitraum fanden Beratungsgespräche u.a. mit folgenden Projekten/Maßnahmenträger*innen statt:

- Projekt „*FORTHEM-Lab ,Diversity and Migration*“ der Universität Mainz.
www.forthem-alliance.eu/objectives/labs/diversity-and-migration/
- Projekt „*Horizon 2020 Research Project 'Welcoming Spaces'*“ der Universität Siegen.
[www.bildung.uni-siegen.de/mitarbeiter/meier/projects/horizon_2020_\(sc6-migration\)_investing_welcoming_spaces_in_europe/?lang=de](http://www.bildung.uni-siegen.de/mitarbeiter/meier/projects/horizon_2020_(sc6-migration)_investing_welcoming_spaces_in_europe/?lang=de)
- Projekt „*Die Parlamente der Vielen*“ von Die Vielen e.V.
<https://dievielen.de/der-verein/-/projekte/die-parlamente-den-vielen>
- Projekt „*Moving Cities*“ der Seebrücke
<https://moving-cities.eu/de>
- Projekt „*FAiR - Flüchtlinge und Asylsuchende integriert in die Region*“ des Caritasverbands Koblenz
<http://www.fair-caritas-koblenz.de/>
- IQ-Netzwerk Rheinland-Pfalz
<https://www.iq-rlp.de/>

- Evangelische Akademie der Ev. Kirche der Pfalz: Inhaltliche Planung einer Online-Tagung zur Aufnahme von Geflüchteten im Rahmen des NeST-Bundesprogrammes am 8. Dezember 2021

2. Handlungsschwerpunkt „Informations- und Vernetzungsarbeit“

Informationsarbeit: Über die im Folgenden in den jeweiligen Schwerpunktthemen genannten und näher beschriebenen Maßnahmen hinaus hat der Initiativausschuss im gesamten Berichtsjahr 2021

- über seinen ca. 500 Akteur*innen der Beratungs- und Unterstützungsarbeit in Rheinland-Pfalz umfassenden E-Mail-Verteiler des Initiativausschusses sowie über die sozialen Medien tagesaktuell und regelmäßig über wichtige Fragen der Beratung, Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie informiert. Ausgesendet wurden ca. 300 i.d.R. ausführliche und kommentierende Mails zu aktuellen Informationen und Entwicklungen im Handlungsfeld.
- über seine Social-Media-Accounts (Twitter mit ca. 350 Follower*innen und Facebook) regelmäßig tagesaktuelle Informationen ausgesendet und sich an aktuellen Debatten in seinen Handlungsfeldern beteiligt. Insgesamt wurden ca. 600 Twitter-Beiträge und 46 Facebook-Einträge „produziert“ und verbreitet.

Bei einer Anfang 2021 durchgeführten Nutzer*innenbefragung hat der Initiativausschuss sehr positives und bestätigendes Feedback zu Art, Weise und Frequenz seiner zielgruppenorientierten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit erhalten.

Vernetzungsarbeit: Zur Vernetzung der Akteur*innen der Asyl-, Migrations- und Integrationsarbeit im Rheinland-Pfalz hat der Initiativausschuss im Berichtszeitraum

- am **1. Juli 2021** (51 Teilnehmende) und am **02. Dezember 2021** (29 Teilnehmende) zwei pandemiebedingt digitale Plenumsitzungen veranstaltet.
Themen am 1. Juli 2021: Gespräch mit Integrationsministerin Katharina Binz, ein Bericht aus der Geschäftsstelle sowie die Aussprache über aktuelle Entwicklungen und Perspektiven in der rheinland-pfälzischen Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik;
Themen am 02. Dezember: Aussprache zum Stand der Koalitionsverhandlungen von SPD, Grünen und FDP auf Bundesebene, Bericht aus der Geschäftsstelle, Vorstellung der Kampagne „GleichBeHandeln“;
- insgesamt sieben pandemiebedingt digitale Zusammenkünfte des Sprecher*innenkreises des Initiativausschusses (**21. Januar 2021 | 11. März 2021 | 06. Mai 2021 | 29. Juni 2021 | 31. August 2021 | 06. Oktober 2021 | 16. November 2021**) durchgeführt. Dem Sprecher*innenkreis gehörten im Berichtsjahr 16 Multiplikator*innen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen an, die in ihren Einrichtungen das Thema „Asyl, Migration und Integration“ bearbeiten. Die Zusammenkünfte des Sprecher*innenkreises dienen dem internen Austausch und dem Informationstransfer einerseits sowie der Bestimmung von Handlungsschwerpunkten und der Erarbeitung von Positionen des Initiativausschusses andererseits.

sowie folgende weitere Austauschtreffen mit Organisationen und Einrichtungen durchgeführt oder wahrgenommen, die in Rheinland-Pfalz und/oder auf Bundesebene für die Belange von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte eintreten:

- **08. Februar 2021:** Gespräch auf Ebene der Geschäftsstellen des Initiativausschusses und des Flüchtlingsrates Rheinland-Pfalz e.V. zur Planung gemeinsamer Maßnahmen und Aktivitäten im Jahr 2021.
- **20. Februar 2021:** Teilnahme an der Vorbereitungsstagung zur Interkulturellen Woche 2021, die in digitalem Format durchgeführt wurde.
- **03. März 2021:** Digitaler Austausch mit der International Organisation for Migration (IOM) über ein Konzept der Rückkehrberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Rheinland-Pfalz.
- **04. März 2021:** Austausch mit PRO ASYL und der Diakonie Hessen über gemeinsame Aktivitäten im Rahmen der Interkulturellen Woche 2021.
- **05. März 2021:** Gespräch zwischen dem Sprecher*innenkreis des Initiativausschusses und der Koordinierungsgruppe des Flüchtlingsrats Rheinland-Pfalz e.V. zur Planung gemeinsamer Maßnahmen und Aktivitäten im Jahr 2021.
- **27. April 2021:** Austausch mit PRO ASYL und der Diakonie Hessen über gemeinsame Aktivitäten im Rahmen der Interkulturellen Woche 2021.
- **28. April 2021:** Austausch mit Medinetz Mainz über Mitwirkung des Initiativausschusses an der Kampagne „*GleichBeHandeln*“.
- **12. Mai 2021:** Austausch mit der Heinrich-Böll-Stiftung – Landesverband Rheinland-Pfalz und dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. über gemeinsame Veranstaltungen im Jahr 2021.
- **23. Juni 2021:** Austauschgespräch mit der Fachpromotorin für Migration und entwicklungspolitische Bildung in Rheinland-Pfalz, Rabia Salim (Träger: ELAN Rheinland-Pfalz).
- **25. August 2021:** Austausch mit der Diakonie in Rheinland-Pfalz und dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. im Hinblick auf die Entwicklung gemeinsamer Positionen zur aktuellen Entwicklung in Afghanistan.
- **14. September 2021:** Austausch mit der Diakonie in Rheinland-Pfalz über gemeinsame Positionen im Hinblick auf asyl- und migrationspolitische Erwartungen an die rheinland-pfälzische Landesregierung.
- **12. Oktober 2021:** Austausch mit der Diakonie in Rheinland-Pfalz, der Diakonie Hessen, dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz, UNHCR und dem rheinland-pfälzischen Integrationsministerium über Möglichkeiten der Landesaufnahme von Flüchtlingen.
- **Mehrfach im Berichtsjahr:** Teilnahme am Plenum der Seebrücke Rheinland-Pfalz. Schwerpunkte: Landesaufnahmeprogramme, Aufnahme afghanischer Geflüchteter und menschenrechtsbasierte Rahmenbedingungen des Aufenthalts von Schutzsuchenden.

3. Handlungsschwerpunkt: „Politische Gespräche mit Vertretungen der Landesregierung und der demokratischen Parteien im Landtag Rheinland-Pfalz“

Neben den regelmäßigen Gesprächen und Kontakten, die der Initiativausschuss im Berichtsjahr im Rahmen seiner regelmäßigen Gremienarbeit und eigener Veranstaltungen gepflegt hat, wurden im Jahre 2021 die folgenden bilateralen Gespräche geführt:

- **15. Februar 2021:** Online-Austausch von Initiativausschuss und Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. mit dem Abteilungsleiter „Integration“ im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (MFFJIV). Themen u.a.: Unterbringungssituation in den EAE des Landes; Möglichkeiten der Landesaufnahme insbesondere von Flüchtlingen aus Erstzufluchtsstaaten; Abschiebungen nach Afghanistan; Möglichkeit humanitärer Duldungen für Familien mit schulpflichtigen Kindern bis zum Ende eines Schuljahres; Möglichkeiten der Rückkehrberatung in der Abschiebehaft; Gleichbehandlungsgesetz/Antidiskriminierungsgesetz auf Landesebene.
- **23. März 2021:** Online-Austausch von Initiativausschuss und Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. mit dem Abteilungsleiter „Integration“ im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (MFFJIV). Thema: Gesellschaftlicher Diskurs über „Flucht und Asyl“; „Corona-Folgenminderung“ für Geflüchtete und Menschen mit prekärem Aufenthalt.
- **31. August 2021:** Online-Austausch von Initiativausschuss, Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und Diakonie in Rheinland-Pfalz mit dem Staatssekretär im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) zu den aktuellen Entwicklungen in Afghanistan und ihren Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz.
- **14. September 2021:** Online-Austausch von Initiativausschuss, Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und Diakonie in Rheinland-Pfalz mit dem Staatssekretär im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) zu den aktuellen Entwicklungen in Afghanistan und ihren Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz.
- **21. September 2021:** Austausch mit Lisa-Maria Jeckel, integrationspolitische Sprecherin der Fraktion FREIE WÄHLER im Landtag Rheinland-Pfalz. Themen: Aufnahme afghanischer Schutzsuchender in Rheinland-Pfalz und Situation der geduldeten Afghan*innen in Rheinland-Pfalz; aufenthaltsrechtliche Perspektiven langjährig geduldeter Personen in Rheinland-Pfalz; Weiterentwicklung des Diskriminierungsschutzes in Rheinland-Pfalz; Position der FREIEN WÄHLER zu einer Änderung der Landesverfassung (Ersetzung des Begriffs der „Rasse“).
- **28. September 2021:** Austausch mit Philipp Fernis, MdL und Fraktionsvorsitzender der FDP im Landtag Rheinland-Pfalz und Cornelia Willius-Senzer, MdL und integrations- und migrationspolitische Sprecherin der Fraktion. Themen: Aufnahme afghanischer Schutzsuchender in Rheinland-Pfalz und Situation der geduldeten Afghan*innen in Rheinland-Pfalz; aufenthaltsrechtliche Perspektiven langjährig geduldeter Personen in Rheinland-Pfalz; besondere Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Fluchtgeschichte (Fragen der Unterbringung, Erschwernis der Aufenthaltsverfestigung z.B. durch pandemiebedingte Unterbrechung der Erwerbsbiografie); Weiterentwicklung des Diskriminierungsschutzes in Rheinland-Pfalz; im Koalitionsvertrag vereinbarte Änderung der Landesverfassung (Ersetzung des Begriffs der „Rasse“).
- **28. September 2021:** Online-Austausch von Initiativausschuss, Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und Diakonie in Rheinland-Pfalz mit dem Staatssekretär im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) zu den aktuellen Entwicklungen in Afghanistan und ihren Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz.

- **07. Oktober 2021:** Austausch mit Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL und Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag Rheinland-Pfalz und Georgina Kazungu-Haß, MdL und integrations- und migrationspolitische Sprecherin der Fraktion. Themen: Aufnahme afghanischer Schutzsuchender in Rheinland-Pfalz und Situation der geduldeten Afghan*innen in Rheinland-Pfalz; aufenthaltsrechtliche Perspektiven langjährig geduldeter Personen in Rheinland-Pfalz; besondere Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Fluchtgeschichte (Fragen der Unterbringung, Erschwernis der Aufenthaltsverfestigung z.B. durch pandemiebedingte Unterbrechung der Erwerbsbiografie); Weiterentwicklung des Diskriminierungsschutzes in Rheinland-Pfalz; im Koalitionsvertrag vereinbarte Änderung der Landesverfassung (Ersetzung des Begriffs der „Rasse“).
- **25. Oktober 2021:** Austausch mit Dr. Bernhard Braun, MdL und Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Rheinland-Pfalz und Josef Winkler, MdL und migrationspolitischer Sprecher der Fraktion. Themen: Aufnahme afghanischer Schutzsuchender in Rheinland-Pfalz und Situation der geduldeten Afghan*innen in Rheinland-Pfalz; aufenthaltsrechtliche Perspektiven langjährig geduldeter Personen in Rheinland-Pfalz; besondere Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Fluchtgeschichte (Fragen der Unterbringung, Erschwernis der Aufenthaltsverfestigung z.B. durch pandemiebedingte Unterbrechung der Erwerbsbiografie); Weiterentwicklung des Diskriminierungsschutzes in Rheinland-Pfalz; im Koalitionsvertrag vereinbarte Änderung der Landesverfassung (Ersetzung des Begriffs der „Rasse“).
- **01. Dezember 2021:** Online-Austausch mit Peter Moskopp, MdL und Mitglied im Landtags-Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz und Dirk Herber, MdL und innenpolitischer Sprecher der Fraktion. Themen: Aufnahme afghanischer Schutzsuchender in Rheinland-Pfalz und Situation der geduldeten Afghan*innen in Rheinland-Pfalz; aufenthaltsrechtliche Perspektiven langjährig geduldeter Personen in Rheinland-Pfalz; besondere Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Fluchtgeschichte (Fragen der Unterbringung, Erschwernis der Aufenthaltsverfestigung z.B. durch pandemiebedingte Unterbrechung der Erwerbsbiografie); Weiterentwicklung des Diskriminierungsschutzes in Rheinland-Pfalz; im Koalitionsvertrag vereinbarte Änderung der Landesverfassung (Ersetzung des Begriffs der „Rasse“).

4. Handlungsschwerpunkt „Aktive Mitarbeit in Gremien auf Landes- und Bundesebene“

Der Initiativausschuss arbeitet auf Landes- und auf Bundesebene in zahlreichen Gremien mit, um seinen Anliegen - Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutschland lebenden Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie das solidarische Zusammenleben von einheimischer Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten - Gehör zu verschaffen, die Aufnahmegesellschaft hierfür zu sensibilisieren und politische Entscheidungen in diesem Sinne zu befördern. Im Berichtszeitraum 2021 hat er in den folgenden Gremien regelmäßig und aktiv mitgearbeitet:

- **Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI)**

Im Berichtszeitraum wurde der Initiativausschuss von seinem Geschäftsführer und stellvertretend von seiner rechtspolitischen Referentin im Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI) vertreten. Das von der Landesregierung initiierte und koordinierte Gremium will Mig-

rant*innen, ihre Organisationen und weitere Nichtregierungsorganisationen in die Ausgestaltung der Integrationspolitik der Landesregierung einbinden. Dem LBMI gehören neben den integrationsrelevanten Ressorts der Landesregierung u.a. die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Nichtregierungsorganisationen, Migrant*innen(selbst)organisationen sowie Vertretungen der Wissenschaft, der Kommunalpolitik und der Sozialpartner an.

Im Berichtszeitraum hat der Initiativausschuss intensiv an den Beratungen einer Arbeitsgruppe des Landesbeirates zur Bilanzierung der Arbeit des Landesbeirates in der Legislaturperiode 2016 bis 2021 und zur Neuausrichtung des Landesbeirates in der Legislaturperiode 2021 bis 2026 mitgearbeitet. Der Geschäftsführer des Initiativausschusses hat bei der letzten Sitzung des Landesbeirates in der Legislaturperiode 2016 bis 2021 am **25. März 2021** und bei der konstituierenden Sitzung des Landesbeirates für die Legislaturperiode 2021 bis 2026 am **26. November 2021** zu den jeweiligen Ergebnissen der Arbeitsgruppe berichtet.

- **Weitere Gremien:** Der Initiativausschuss war - über die zuvor genannten hinaus - im Berichtsjahr in folgenden Gremien aktiv mitarbeitend vertreten:
 - „*Steuerungskreis der Kampagne „Ja zur Einbürgerung!“*“ beim rheinland-pfälzischen Integrationsministerium;
 - Beirat für den „*Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“;
 - Bündnis „*Demokratie gewinnt!*“;
 - „*Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Rheinland-Pfalz*“;
 - „*Runder Tisch Islam Rheinland-Pfalz*“;
 - „*Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte*“ (Gremium auf Bundesebene).

1. Schwerpunktthema „Afghanistan – Der Rückzug der internationalen Schutztruppen und die Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz“

11

Die Entwicklungen in Afghanistan und insbesondere die schwerwiegenden Auswirkungen des internationalen Truppenrückzuges zum Ende August hatten 2021 starke Auswirkungen auf die tägliche Arbeit des Initiativausschusses - sowohl im Hinblick auf seine Beratungsarbeit als auch im Hinblick auf seine Presse-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit. Über Monate standen die politischen Entwicklungen vor Ort und konkrete Fallkonstellationen im Zusammenhang mit Afghanistan (Familiennachzug, Evakuierung von Familienangehörigen aufenthaltsberechtigter Personen, Situation evakuierter Personen, Umgang mit zurückgelassenen Ortskräften, aufenthaltsrechtliche Situation geduldeter Afghan*innen etc.) im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Neben einer Vielzahl von bearbeiteten Beratungsanfragen sowie regelmäßigen und intensiven Gesprächen mit Mitgliedern aller demokratischen Fraktionen im Landtag Rheinland-Pfalz und mit dem zuständigen Integrationsministerium - hier insbesondere auf Staatssekretärs Ebene - zu Fragen der Aufnahme von Afghan*innen aus dem Krisengebiet und zur Aufenthaltssicherheit bereits in Rheinland-Pfalz lebender Afghan*innen veröffentlichte der Initiativausschuss im Berichtsjahr - vielfach in Kooperation mit der Diakonie in Rheinland-Pfalz und dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. - die folgenden Pressemitteilungen sowie umfassenden Positionspapiere:

- **08. Januar 2021:** „*Monatlich droht die Abschiebung nach Afghanistan – trotz Pandemie! – „Keine Abschiebungen in konkrete Lebensgefahr!“*“

- **03. Februar 2021:** „Trotz Pandemie und Terror – Nächster Abschiebeflug nach Afghanistan in Planung Initiativausschuss, Flüchtlingsrat und Diakonie RLP: ‚Lebensgefährliche Routine der Unmenschlichkeit‘“
- **04. März 2021:** „Nächster Abschiebeflug nach Afghanistan am 9. März – Integrationsministerium RLP muss bereits erteilte Zustimmungen erneut überprüfen und zurücknehmen!“
- **30. April 2021:** „Truppenabzug wird die Situation in Afghanistan weiter verschlechtern! – Flüchtlingsorganisationen wenden sich an Ministerpräsidentin Dreyer: Abschiebungen aussetzen und Ortskräfte schnell aufnehmen!“
- **07. Juni 2021:** „Trotz katastrophaler Sicherheitslage: Bund will morgen nach Afghanistan abschieben! Flüchtlingsorganisationen fordern: Keine Beteiligung von Rheinland-Pfalz! Abschiebungsstopp jetzt – sofort!“
- **16. Juni 2021:** „Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder beginnt! – Abschiebestopp nach Afghanistan ist zwingend und ein Gradmesser für die ‚humanitär ausgerichtete Flüchtlingspolitik‘ der Landesregierung!“
- **25. Juni 2021:** „Afghanistan – Bundesregierung weigert sich, Ortskräfte der Bundeswehr auszufliegen – Stattdessen plant sie die nächste Sammelabschiebung nach Kabul!“
- **5. Juli 2021:** „Die nächste Sammelabschiebung nach Afghanistan steht an! – Die Bundesregierung belässt und verbringt Menschen in Lebensgefahr - Rheinland-Pfalz ist jetzt gefordert, dem einen Riegel vorzuschieben!“
- **04. August 2021:** „EGMR stoppt geplante Abschiebung aus Österreich nach Afghanistan – Deutschland muss endlich Abschiebestopp erlassen!“
- **13. August 2021:** „Handelt endlich! Evakuierung verbliebener Ortskräfte aus Afghanistan muss schnell und unbürokratisch erfolgen – Familiennachzug von Berechtigten jetzt durchführen!“
- **20. August 2021:** Redebeitrag bei einer Afghanistan-Kundgebung in Mainz. Weitere Redebeiträge u.a. von Staatssekretär David Profit (MFFKI), Michael Ebling (Oberbürgermeister Mainz sowie Bundes- und Landtagsabgeordneten aller dort vertretenen demokratischen Parteien.
- **27. August 2021:** Impulsvortrag „Afghanistan und die Folgen für Rheinland-Pfalz“ im Rahmen einer Abendveranstaltung des ver.di-Migrationsausschuss Rheinland-Pfalz.
- **06. September 2021:** „Positionspapier Afghanistan ‚Das Versprechen auf Rettung kennt keine Frist! Ihr kennt die Namen und ihr bleibt in der Verantwortung!‘“

2. Schwerpunktthema „Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 14. März 2021“

Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 14. März 2021 waren im Berichtsjahr 2021 Anlass für den Initiativausschuss,

- im Vorfeld die asyl-, migrations- und integrationspolitischen Positionen und Vorhaben der im Landtag vertretenen demokratischen Parteien sowie der Partei DIE LINKE zu erfragen, diese Positionen mit Vertreter*innen der Parteien öffentlich zu diskutieren und eigene Erwartungen zu formulieren;
- die Bürger*innen des Landes für die Bedeutung der Landtagswahlen als Ausdruck demokratischer Rechte zu sensibilisieren, sie zur Teilnahme an der Wahl und zur Wahl demokratischer Parteien aufzurufen und kritisch darauf hinzuweisen, dass ein großer Teil der Rheinland-Pfälzer*innen - unabhängig von seiner Aufenthaltsdauer und unabhängig von seinem

Aufenthaltsstatus - von diesem zentralen Teilhaberecht qua Staatsangehörigkeit ausgeschlossen ist;

- im Nachgang die Verhandlungen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP über die Bildung einer Regierung und die Erarbeitung eines Koalitionsvertrages konstruktiv-kritisch zu begleiten und dabei die Belange von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte einzubringen sowie die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen mit der neuen Leitung des Ministeriums für Frauen, Familie, Kultur und Integration öffentlich zu erörtern.

Die drei zuvor geschilderten Aktivitäten haben sich im Berichtsjahr durch folgende Maßnahmen konkretisiert:

- **26. Februar 2021:** Veröffentlichung der Antworten der Landesverbände der demokratischen Parteien im Landtag und der Partei DIE LINKE auf Fragen zu ihren jeweiligen asyl-, migrations- und integrationspolitischen Vorhaben nach der Landtagswahl in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V.
- **02. März 2021:** Online-Podiumsdiskussion des Initiativsausschusses in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V., *Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz* und Seebrücke Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl mit Vertretungen von
 - SPD (Jacqueline Rauschkolb, MdL);
 - CDU (Jessica Weller, MdL);
 - FDP (Philipp Fernis, MdL);
 - Bündnis 90/Die Grünen (Katharina Binz, MdL) und der Partei
 - DIE LINKE (Kemal Gülcehre, Listenkandidat zur Landtagswahl).

Themen des Podiums waren (a) die Aufnahme von Schutzsuchenden in Rheinland-Pfalz, (b) die Situation von Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz und (c) die Teilhabe und der Schutz vor Rassismus und Diskriminierung in Rheinland-Pfalz.

Die Online-Podiumsdiskussion wurde live auf Youtube gestreamt und steht weiterhin hier: <https://www.youtube.com/watch?v=IPbwpBge8oI> zur Ansicht bereit. Sie wurde - Stand 3. August 2022 - von insgesamt 740 Personen live oder im Nachgang verfolgt.

- **8. März 2021:** Aufruf rheinland-pfälzischer Organisationen zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz – „*Wählen Sie Vielfalt!*“. Der Aufruf wurde vom Initiativsausschuss erarbeitet und im Anschluss von zehn rheinland-pfälzischen Organisationen – u.a. dem DGB und der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege – unterzeichnet.
- **23. März 2021:** Gemeinsames Schreiben von Initiativsausschuss, Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und LIGA Rheinland-Pfalz an SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum Thema „*Landesaufnahme von Flüchtlingen*“.
- **25. März 2021:** „*Kernerwartungen des Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz an einen Koalitionsvertrag auf Landesebene für die Jahre 2021 bis 2026*“ – Veröffentlichung und Zuleitung an SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in Rheinland-Pfalz am 25. März 2021.
- **07. Mai 2021:** Pressemitteilung „*SPD, Grüne und FDP stimmen dem Entwurf des Koalitionsvertrages für RLP zu! – Initiativsausschuss: ‚Wenig mutiger Wurf mit mehr Schatten als Licht!‘*“

- **01. Juli 2021:** Plenum des Initiativsausschusses mit Integrationsministerium Katharina Binz zu den Arbeits- und Handlungsschwerpunkten des Ministeriums für Frauen, Familie, Kultur und Integration in RLP in der neuen Legislaturperiode.

3. Schwerpunktthema „Auswirkungen des Israel-Palästina-Konflikts im 2. Quartal 2021 auf das Zusammenleben von Juden*Jüdinnen und Muslim*innen in Rheinland-Pfalz“

Aufgrund der mit den im Mai 2021 erneut aufflammenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Israel*innen und Palästinenser*innen in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten kam es auch in Deutschland zu teils gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Unterstützer*innen beider Konfliktparteien. Weil aus der Sicht des Initiativsausschusses die Gefahr bestand, dass auch in Rheinland-Pfalz solche Konflikte und Auseinandersetzungen auftreten könnten, hat er - in enger Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung – erfolgreich für eine gemeinsame Erklärung jüdischer und muslimischer Einrichtungen in Rheinland-Pfalz geworben, in der u.a. betont wird: *„Wir sind geeint in der Überzeugung, dass unterschiedliche Perspektiven auf den Nahost-Konflikt durch unterschiedliche individuelle und kollektive Sozialisierungen, Erfahrungen, Wissensbestände und Emotionen geprägt sind und dass unsere offene, pluralistische und demokratische Gesellschaft Raum für strittige Diskussionen und kontroverse Ansichten hierüber lässt. Wir sind zugleich geeint in der Überzeugung, dass unterschiedliche Perspektiven auf den Konflikt in unserer offenen, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft friedlich und im gegenseitigen Respekt zueinander ausgehalten werden müssen. Unter keinen Umständen rechtfertigen sie Beleidigungen, das Diffamieren von religiösen oder staatlichen Symbolen, Angriffe auf Synagogen, Moscheen oder Kirchen oder gar Gewalt gegen Menschen.“*

14

Die Erklärung *„Zusammen gegen Hass und Gewalt“* wurde mitgetragen von Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland KdÖR; DiTiB - Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.; Landesverband der Islamischen Kulturzentren Rheinland-Pfalz (LVIKZ Rheinland-Pfalz); Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz K.d.ö.R.; Maimonides jüdisch-muslimisches Bildungswerk gemeinnützige UG; SCHURA Rheinland-Pfalz Landesverband der Muslime e.V.; Verein Säkularer Islam Rheinland-Pfalz (VSI RLP); Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. – Landesverband Rheinland-Pfalz sowie vom Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration, der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz, dem Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz und dem Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz.

Sie fand breite Beachtung in den Medien und wurde auch in einer Pressemitteilung des Beauftragten der Landesregierung für jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz ausgegriffen:

- **28. Mai 2021:** *„Zusammen gegen Hass und Gewalt!“ – Erklärung jüdischer, muslimischer und jüdisch-muslimischer Einrichtungen in Rheinland-Pfalz“*
- **01.06.2021:** Pressemitteilung der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz - *„Dieter Burgard: Gemeinsame Erklärung ist auch ein klares Zeichen gegen Antisemitismus“*

4. Schwerpunktthema „Bundestagswahl am 26. September 2021“

Die Bundestagswahlen am 26. September 2021 haben im Hinblick auf die künftige Herangehensweise an drängende Herausforderungen der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik wichtige Weichen gestellt. Als Herausforderungen beispielhaft genannt seien

- die Entwicklungen in Afghanistan und die Folgen für Schutzsuchende;
- die prekäre aufenthaltsrechtliche Situation von ca. 240.000 (i.d.R. langjährig) geduldeten Personen;
- die fortgesetzt dramatische Situation Schutzsuchender an den EU-Außengrenzen;
- die pandemiebedingt zunehmende sozialen Spannungen, von denen auch Flüchtlinge und Migrant*innen betroffen sind;
- die Relevanz von Zuwanderung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik sowie
- fortbestehende Integrationshemmnisse (z.B. Defizite im Diskriminierungsschutz, gleichbleibend hohes Maß an demokratiefeindlichen, rechtsextremen und gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen).

Weil die Herangehensweise des Bundes an die genannten und weitere einschlägige Herausforderungen mindestens mittelbar auch Auswirkungen auf die konkrete Lebenssituation von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz haben, war die Bundestagswahl 2021 für den Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz insbesondere im Berichtszeitraum ein weiteres wichtiges Schwerpunktthema. Durchgeführt und veröffentlicht hat er insbesondere im 2. Halbjahr 2021 daher die folgenden Maßnahmen und Positionspapiere:

- **21. September 2021:** *„Aufruf rheinland-pfälzischer Organisationen zur Bundestagswahl – ‚Demokratie braucht jede Stimme!‘“* Die Erklärung wurde unter Federführung des Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP), Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und dem Projekt „Aktiv für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz“ erarbeitet und von 24 rheinland-pfälzischen Organisationen und Initiativen unterzeichnet.
- **29. Oktober 2021:** Positionspapier *„Erwartungen an die Koalitionsverhandlungen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf Bundesebene“*. Erarbeitet gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V.
- **08. November 2021:** Pressemitteilung – *„Forderung an die Ampel: Bundesaufnahmeprogramm und ‚Grünes Licht‘ für Landesaufnahme von Flüchtlingen!“*
- **25. November 2021:** Pressemitteilung – *„Ampelvertrag: Realitätssinn und Gestaltungswillen in der Migrations- und Integrationspolitik – Abschiebemoratorium für potentiell Begünstigte von Bleiberechtsregelungen muss kommen!“*

Im Zusammenhang und im zeitlichen Umfeld der Bundestagswahl hat sich der Initiativausschuss zudem aktiv an der bundesweiten Kampagne *„GleichBeHandeln“* zur Gewährleistung des Zugangs von Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus zu medizinischer Versorgung im akuten Bedarfsfall beteiligt. Ziel der Kampagne war und ist weiterhin die Abschaffung der in § 87 des Aufenthaltsgesetzes verankerten Meldepflicht der Leistungsbehörden an die Ausländerbehörden in allen Gesundheitsbelangen. Durch folgende eigene Aktivitäten hat sich der

Initiativausschuss - flankierend zur Beteiligung an Positionspapieren, Pressemitteilungen und Aktionen des bundesweiten Bündnisses - im Berichtszeitraum in die Kampagne eingebracht:

- **06. Mai 2021:** Pressemitteilung – „Kampagnenbündnis fordert: Keine Übermittlungspflicht bei Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus im Gesundheitswesen“
- **26. August und 06. Oktober 2021:** Redebeitrag bei Kundgebungen der Kampagne „Gleich-BeHandeln“ in Mainz
- **2. Dezember 2021:** Vorstellung der Kampagne „GleichBeHandeln“ und Bericht zur Auswirkung der derzeitigen Übermittlungspflicht der Sozialbehörden auf die Gesundheitsversorgung illegalisierter Menschen im Rahmen des Plenums des Initiativausschusses.

5. Schwerpunktthema „Demokratiefeindlichkeit, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegentreten!“

Der Initiativausschuss hat sich im Berichtszeitraum mit einer Reihe von Aktivitäten parteilich an den zunehmend polarisierten gesellschaftlichen Debatten über das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland und über die Universalität der Menschenrechte beteiligt und dabei die folgenden Schwerpunkte gesetzt:

- Eintreten für das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland durch Öffentlichkeits-, Informations- und Bildungsarbeit;
- Rassismus als Menschenrechtsverletzung deutlich machen und dagegen Position beziehen;
- Aufbau von übergreifenden zivilgesellschaftlichen Strukturen der Arbeit gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Im Einzelnen wurden die konkreten Maßnahmen und Aktivitäten durchgeführt, die im Folgenden entlang der drei genannten Schwerpunkte aufgegliedert werden:

Eintreten für das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland durch Öffentlichkeits-, Informations- und Bildungsarbeit

Auch im Berichtsjahr wurde, vielfach unter Bezugnahme auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, das demokratische System der Bundesrepublik als Monopol einer politischen Klasse und Diktatur diskreditiert oder sogar mit dem totalitären System des Nationalsozialismus gleichgesetzt. Für den Initiativausschuss war es daher ein zentrales Aufgabengebiet, im Rahmen seiner Öffentlichkeits-, Informations- und Bildungsarbeit sachlich über die Stärken und Defizite (hier insbesondere Fragen des Wahlrechtes) des demokratischen Systems der Bundesrepublik zu informieren und seine diesbezüglichen Positionen zur Diskussion zu stellen. Dies geschah im Berichtsjahr 2021 durch folgende Maßnahmen:

- **10. Februar 2021:** Interview im Rahmen der Podcast-Reihe „Aus:sicht“ des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism): „Torsten Jäger sieht ... Migration als Triebfeder von gesellschaftlicher Entwicklung.“ Der Podcast ist online verfügbar unter: www.iq-rlp.de/landesnetzwerk/podcast-aus-sicht/folge-3-torsten-jaeger
- **September bis November 2021:** Durchführung einer 5-teiligen Online-Veranstaltungsreihe „Was ist eigentlich Demokratie?“ in Zusammenarbeit mit der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung und dem Landesverband der Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz. Im

„Superwahljahr“ 2021 mit sechs Landtagswahlen u.a. in Rheinland-Pfalz und der Bundestagswahl wollten die Veranstalter*innen tragende Säulen der bundesdeutschen Demokratie beleuchten, die sich in der Vergangenheit bewährt haben. Welchen Bewährungsproben sind sie angesichts aktueller gesellschaftlicher Veränderungen und Krisen unterworfen? Gilt es, an ihnen festzuhalten oder bedürfen sie der Weiterentwicklung, um ihre Tragfähigkeit zu bewahren?

- **9. September 2021:** „*Wahlrecht in der Einwanderungsgesellschaft - Allgemein, frei, gleich, geheim, unmittelbar ... und nicht für jeden?*“ Referierende waren Miguel Vicente, Integrationsbeauftragter der Landesregierung; Prof. Dr. Stephan Lessenich, Professur für Gesellschaftstheorie und Sozialforschung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main und Kemal Gülcehre, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in RLP.
- **23. September 2021:** „*Chancen und Risiken plebiszitärer Elemente - Mehr (direkte) Demokratie wagen?*“ Referierende waren Prof. Dr. Markus Linden, Universität Trier und Susanne Solcher, Mehr Demokratie e.V.
- **7. Oktober 2021:** „*Das Verhältnis zwischen Regierungshandeln und parlamentarischer Kontrolle in sogenannten „Krisenzeiten - Wer kocht und wer kellnert?*“ Referierende waren Prof. Dr. Ulrich Eith, Universität Freiburg; Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister a. D. und Doris Barnett, MdB 1994 – 2021.
- **28. Oktober 2021:** „*Institutionen in der Demokratie - Stützpfiler oder Störfaktor in der politischen Willensbildung?*“ Referierende waren Prof. Dr. Fabian Virchow, Hochschule Düsseldorf; Dietmar Muscheid, Vorsitzender DGB RLP/Saar und Karin Dauscher, Rheinland-Pfalz - Redaktion Mainz.
- **11. November 2021:** „*Menschenfeindlichkeit im Schutze der Meinungsfreiheit– Anything goes?*“ Referierende waren Hasnain Kazim, freier Journalist; Timo Rheinfrank, Amadeo-Antonio-Stiftung und Giorgina Kazungu-Haß, MdL Rheinland-Pfalz.
- **24. September 2021:** Aktive Teilnahme am Bündnistreffen „*Demokratie gewinnt!*“ in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz.
- **28. Oktober 2021:** Mitwirkung am Demokratietag Rheinland-Pfalz am 28. Oktober 2021 - Online durch einen Informationsstand und in Präsenz in Ingelheim durch das Workshop-Angebot „*Wahlrecht in der Einwanderungsgesellschaft*“.

Der Initiativ Ausschuss hat sich zudem im Berichtsjahr wie in den Vorjahren aktiv in die vom „*Ökumenischen Vorbereitungsausschuss*“ koordinierte „Interkulturelle Woche“ eingebracht, die vom 26. September bis zum 3. Oktober 2021 unter dem Motto „*#offengeht*“ stattfand und in deren Rahmen mit bundesweit mehr als 5.000 Veranstaltungen (über 250 in mehr als 30 Städten, Gemeinden und Landkreisen in Rheinland-Pfalz) Zeichen für das friedliche, demokratische und solidarische Zusammenleben in Vielfalt gesetzt wurden. Der Initiativ Ausschuss hat hierzu durch die folgenden Maßnahmen beigetragen:

- **30. August 2021:** Veröffentlichung eines Positionspapieres „*Solidarität entgrenzen - #offengeht*“. Das Positionspapier wurde unter Federführung des Initiativ Ausschusses in Zusammenarbeit mit dem Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI), PRO ASYL und der Diakonie Hessen erarbeitet und in der Folge von 45 bundesweiten und auf Landesebenen aktiven Organisationen der Flüchtlings- und Migrationsarbeit unterzeichnet.

- Regelmäßige und ausführliche Informationsarbeit zu Veranstaltungsangeboten im Rahmen der Interkulturellen Woche in Rheinland-Pfalz via Mail und den Social Media-Kanälen des Initiativsausschusses.
- **03. Oktober 2021:** Pressemitteilung *„Interkulturelle Woche 2021 geht zu Ende – Mehr als 250 Veranstaltungen in mindestens 30 Kommunen in Rheinland-Pfalz“*

Rassismus als Menschenrechtsverletzung deutlich machen und dagegen Position beziehen

Das Jahr 2021 war das Jahr des ersten Jahrestages der rassistischen Morde von Hanau, denen am 19. Februar 2020 neun junge Menschen mit einer Migrationsgeschichte zum Opfer fielen. Der Initiativsausschuss hat aktiv an Veranstaltungen teilgenommen, die den Jahrestag zum Anlass genommen haben, um über gewaltförmigen, strukturellen und alltäglichen Rassismus und über Wege zu deren Überwindung zu diskutieren. Er hat zudem im gesamten Berichtsjahr durch weitere Maßnahmen, Veröffentlichungen und Aktivitäten über Rassismus als Menschenrechtsverletzung und Integrationshindernis informiert. Im Einzelnen:

- **19. Februar 2021:** Aufruf zur Kundgebung *„Erinnerung-Aufklärung-Gerechtigkeit-Konsequenzen! 1 Jahr nach Hanau: Gemeinsam gegen Rassismus“* am 19. Februar 2021 in Mainz und aktive Beteiligung durch einen Redebeitrag.
- **19. Februar 2021:** Teilnahme an einer Podiumsdiskussion zum Thema *„1 Jahr nach Hanau. Gemeinsam gegen Rassismus“* in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei – Teilnehmende: Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Kemal Gülcehre, AGARP; Jacques Delfeld Senior, Verband Deutscher Sinti und Roma und Torsten Jäger, Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz.
- **15. März 2021:** Pressemitteilung – *„Heute beginnen die Internationalen Wochen gegen Rassismus! Landtagswahlen zeigen: Solidarität und Gleichberechtigung haben Zukunft – Rassismus nicht!“* zum Beginn der Internationalen Wochen gegen Rassismus am 15. März 2021!“
- **21. März 2021:** Erklärung zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2021: *„Die Überwindung von Rassismus ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft – Sie kann nicht den Betroffenen auferlegt werden!“*
- **10. Dezember 2021:** Pressemitteilung – *„Zum Tag der Menschenrechte: Krise der Menschenrechte und der Menschlichkeit an den EU-Außengrenzen – die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze“*
- **10. Dezember 2021:** Aufruf zur und Beteiligung an einer Kundgebung zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2021 in Mainz – Thema *„Krise der Menschenrechte und der Menschlichkeit an den EU-Außengrenzen“*.

Aufbau von übergreifenden zivilgesellschaftlichen Strukturen der Arbeit gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Nach über 10-jähriger Zusammenarbeit in einem losen Verbund haben sich rheinland-pfälzische Akteur*innen der Antidiskriminierungsarbeit im Jahr 2021 mit Unterstützung der Landesantidiskriminierungsstelle zum eingetragenen Verein *„Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz (NdRLP)“* zusammengeschlossen. Der Initiativsausschuss hat diese Entwicklungen maßgeblich mit vorangetrieben und ist durch seinen Geschäftsführer im Vorstand des

Vereines vertreten. Wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Vereinsgründung und wichtige Aktivitäten des Zusammenschlusses waren im Berichtszeitraum:

- **März bis November 2021:** Erarbeitung eines Leitbildes des „*Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz*“ unter Federführung des Geschäftsführers des Initiativausschusses und im Rahmen mehrerer Expert*innen-Workshops.
- **März bis November 2021:** Erarbeitung einer Satzung für das „*Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz*“ unter Beteiligung des Geschäftsführers des Initiativausschusses und im Rahmen mehrerer Expert*innen-Workshops.
- **26. März 2021:** „*Empfehlungen des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz zu den Koalitionsverhandlungen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in Rheinland-Pfalz zur Bildung einer Landesregierung für die Jahre 2021 bis 2026*“. Das Papier wurde federführend erarbeitet vom Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz.
- **8. April 2021:** Erklärung des Netzwerkes zum Internationalen Tag der Roma – „*Netzwerk diskriminierungsfreies RLP fordert unabhängige Expert*innenkommission zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit!*“
- **18. Mai 2021:** Gespräch mit dem Vorstand des DiTIB-Landesverbandes Rheinland-Pfalz über die Möglichkeit von Kooperationen in den Bereichen Bildungsarbeit in Moscheen.
- **08. September 2021:** Gespräch mit dem Staatssekretär im Ministerium für Frauen, Familie, Kultur und Integration sowie mit der Leitung des Landesantidiskriminierungsstelle über die Weiterentwicklung des NdRLP und Möglichkeiten der Unterstützung seiner Arbeit durch die Landesregierung.
- **09. November 2021:** Gründungsveranstaltung des Vereins „*Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz*“ in Mainz unter Beteiligung von Integrationsministerin Katharina Binz, der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland. Die Gründungsveranstaltung wurde durch *mediennlp* via Youtube live übertragen. Sie darf aufgrund der rechts am Bild der zum Einsatz gekommenen Dolmetscher*innen für die deutsche Gebärdensprache nicht dauerhaft via Youtube verfügbar sein.
- **10. November 2021:** Pressemitteilung – „*Verein ‚Netzwerk diskriminierungsfreies RLP‘ hat sich gegründet!*“
- **03. Dezember 2021:** Pressemitteilung „*Netzwerk diskriminierungsfreies RLP (NdRLP) begrüßt Vereinbarungen der Ampelkoalition zum Diskriminierungsschutz – ‚Die geplanten Maßnahmen nehmen auch die Länder in die Pflicht!‘*“ Die Pressemitteilung des NdRLP wurde in Abstimmung mit den Mitgliedern des Netzwerkes vom Initiativausschuss erarbeitet.
- **07. Dezember 2021:** Austauschtreffen mit etablierten Akteur*innen der Antidiskriminierungsarbeit auf der Ebene des Bundes sowie einzelner Länder und Kommunen. Neben Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen des Netzwerkes diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz haben Vertretungen des Anti-Rassismus Informations-Centrum (ARIC) NRW e.V. und des Antidiskriminierungsforum Saar e.V.
- **16. Dezember 2021:** Gespräch mit der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz zur Planung einer gemeinsamen Veranstaltung zum Thema „*Stand des Diskriminierungsschutzes in Rheinland-Pfalz*“ im Rahmen der Veranstaltungen zum 75-jährigen Verfassungsjubiläum des Landes im Jahr 2022.

6. Schwerpunktthema: „Auseinandersetzung mit der restriktiven Politik gegenüber Schutzsuchenden auf europäischer Ebene und im Bund und ihrer Wirkung auf die Situation von Schutzsuchenden in Rheinland-Pfalz“

Die im Berichtszeitraum fortgesetzt restriktive Politik gegenüber Schutzsuchenden auf europäischer Ebene und im Bund hat unmittelbare Auswirkungen auf die Landesebene. Zu nennen sind hierbei insbesondere die folgenden Fragestellungen: Herstellung von Aufenthaltssicherheit für langjährig geduldete Personen, Möglichkeiten des Familiennachzugs, Möglichkeit der Landesaufnahme von Flüchtlingen. Diese Fragestellungen wurden im vergangenen Jahr in einer Reihe von Gesprächen des Initiativausschusses mit den demokratischen Parteien im Landtag und mit der Landesregierung - insbesondere mit dem rheinland-pfälzischen Integrationsministerium - regelmäßig lösungsorientiert erörtert.

Darüber hinaus wurden die aktuelle Situation und/oder die Möglichkeit des landesverantwortlichen Handelns zumeist in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. sowie weiteren Kooperationspartner*innen (z.B. Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz) u.a. durch folgende Erklärungen und Veranstaltungen problematisiert bzw. thematisiert:

- **12. Januar 2021:** Pressemitteilung - „*Appell an die Landesregierung RLP: Flüchtlinge aus dem niedergebrannten Lager Lipa in BiH aufnehmen!*“
- **20. Januar 2021:** Pressemitteilung „*Bosnien/Lipa: Zivilgesellschaftliches Bündnis fordert Evakuierung und Aufnahme der Schutzsuchenden sowie ein sofortiges Ende der Push-Backs*“
- **5. März 2021:** Erklärung zum Weltfrauentag am 8. März - „*Frauen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte müssen ihre Potenziale verwirklichen können!*“
- **18. Juni 2021:** Erklärung zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni - „*82,4 Mio. Menschen auf der Flucht: Bilanz des Grauens und des europäischen Versagens*“
- **06. Juli 2021:** Veranstaltung „*70 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention - ein noch ausreichendes Schutzinstrument?*“ – Vortrag und Diskussion mit dem PRO ASYL-Europareferenten Karl Kopp am 6. Juli 2021 in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. und Aktiv für Flüchtlinge RLP.
- **01. Oktober 2021:** Erklärung zum Tag des Flüchtlings – „*Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete muss kommen!*“
- **15. November 2021:** Online-Veranstaltung „*Allgegenwärtig und kaum hinterfragt: ‚Integration‘ - Ein Begriff und seine Folgen*“ – Podiumsdiskussion mit Integrationsministerin Katharina Binz, Prof. Dr. Paul Mecheril, Universität Bielefeld und Mohamed Jouni, Jugendliche ohne Grenzen. Die Veranstaltung wurde über den Youtube-Kanal der Heinrich Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz gestreamt und live oder im Nachgang von 402 Personen - Stand 3. August 2022 – mitverfolgt: <https://www.youtube.com/watch?v=tD9j2YVR14>

7. Sonstige Themen des Initiativausschusses im Berichtszeitraum 2021

Über die genannten Schwerpunktthemen hinaus hat der Initiativausschuss sich im Berichtszeitraum durch eine Reihe von Maßnahmen zu jeweils tagesaktuellen Fragestellungen zu Wort gemeldet und öffentlich durch Stellungnahmen oder nicht-öffentlich durch Schreiben oder interne Gespräche positioniert. Genannt seien beispielhaft

- intensive Bemühungen um die Beteiligung qualifizierter Geflüchteter an der Impfkampagne des Landes Rheinland-Pfalz und zielgruppengerechte Informationsarbeit zur Corona-Impfung für Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V.;
- Hintergrundgespräch zur Umsetzung der Zielvereinbarungen zwischen islamischen Verbänden und der rheinland-pfälzischen Landesregierung mit dem Ziel einer vertraglichen Regelung der Beziehungen mit Prof. Dr. Stephan Muckel (Institut für religionsrecht der Universität Köln und Gutachter für die Landesregierung Rheinland-Pfalz) im Rahmen einer Sprecher*innenkreis-Sitzung am 31. August 2021;
- In Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V.: Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal auf die Aufnahme von Schutzsuchenden.

Zudem erarbeitete und veröffentlichte der Initiativausschuss im Berichtszeitraum regelmäßig statistische Übersichten über (die Lebenssituation von) Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie in Rheinland-Pfalz.

Personalausstattung und Zuwender*innen im Berichtszeitraum

Die Arbeit des Initiativausschusses wurde im Berichtsjahr hauptsächlich durch eine institutionelle Förderung des Trägervereins durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz ermöglicht. Neben Honorareinnahmen, Mitgliedsbeiträgen und Spenden erhielten wir im Berichtszeitraum zudem weitere Zuwendungen von

- ✓ der Diakonie Hessen;
- ✓ dem Zentrum Ökumene der EKHN;
- ✓ dem Bistum Mainz;
- ✓ dem Caritasverband der Diözese Trier;
- ✓ der Lotto-Stiftung Rheinland-Pfalz;
- ✓ PRO ASYL

Hierfür bedanken wir uns herzlich. Ohne alle diese Zuwendungen wäre unsere Arbeit für Solidarität und Gleichberechtigung nicht möglich.

In der Geschäftsstelle waren im Berichtszeitraum Torsten Jäger (Geschäftsführer) sowie Ann-Christin Bölter (rechtspolitische Referentin) mit je einer vollen Stelle beschäftigt.

Mainz, den 05. August 2022